

# Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet  
1677

„Aus den Tannen“

Fernsprecher  
Nr. 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold und Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

ersch. wöchentlich 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1,80 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg. | Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklameweile 45 Goldpfennige. In Nichterlösen der Zeitung infolge höherer Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. | Post-Konto Stuttgart Nr. 3780. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 63

Altensteig, Samstag den 19 März

1927

## Zur Lage.

Zu Beginn dieser Woche ist die deutsche Abordnung von der Frühjahrstagung des Völkerbundesrates in Genf wieder nach Berlin zurückgekehrt. Was sie mit nach Hause brachte, bildet noch immer den Gegenstand der politischen Erörterungen in der Öffentlichkeit und im Parlament. Das Reichskabinett hat zwar einmütig die Haltung der Delegation und ihres Vorsitzenden, des Reichsaußenministers Dr. Stresemann, gebilligt, aber es bleibt doch ein Rest von Unzufriedenheit zurück, weil in der Saarfrage nur durch Entgegenkommen von deutscher Seite eine Einigung möglich war. Gerade im Saargebiet kommt dieses Unbehagen zum Ausdruck. Der Völkerbundsrat soll ja keine Beschlüsse einstimmig fassen. Eine Ausnahme macht man nur bei den Saarfragen. Stresemann hat durch sein Entgegenkommen vermieden, daß er im Völkerbundsrat überstimmt wurde. Die Meinung, daß Deutschland sich hätte ruhig überstimmen lassen sollen, ist nicht ganz stichhaltig, weil die Dinge im Zusammenhang betrachtet werden müssen. Sind doch auch Briand in einem Teil der Pariser Presse Vorwürfe über die Einigung in der Saarfrage gemacht worden. Die Stellung Frankreichs im Saargebiet ist schon längst nicht die des starken Mannes mehr. Auch in Paris erkennt man, daß man das Land verlieren wird, wenn heute die Volksabstimmung vor sich geht. Nun gilt es für die französischen Diplomaten, einen möglichst hohen Preis des Rückzuges zu erringen. Darum gab Briand nicht nach und hat nun den Erfolg, daß eine 800 Mann starke französische Bahnpolizei an der Saar bleiben darf. Stresemann hat aber den Rechtsstandpunkt grell befeuert, daß es sich nicht vereinbare mit der Rechtslage und der Stellung des Völkerbundes, wenn in Westdeutschland noch 75 000 Mann französische Truppen stehen. Für uns bleibt wieder einmal die Entscheidung, die wir von Frankreich bei jedem politischen Akt erleben müssen.

Die Entscheidung des Rates in der oberschlesischen Schutzfrage hat die Zustimmung des Deutschen Volksbundes Ostoberschlesiens gefunden, damit kann man sich auch in Deutschland begnügen, zumal ja Stresemann den Rechtsstandpunkt klar herausstellte und nur für diesen Fall einer Lösung durch Beiziehung eines Sachverständigen zustimmte. Zugleich wurde ja auch der tote Punkt in den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen überwunden. Restlos befriedigt nur die Erledigung der Danziger Fragen, die Regelung der Danziger Finanzen und Reparationsverpflichtungen.

Im übrigen beherrscht in Genf die Spannung zwischen England und Rußland die vertraulichen politischen Besprechungen. Im Verlaufe der Tagung wurde der Beitritt Italiens zur Garantie des rumänischen Besitzes in Bessarabien bekanntgegeben. Italien hat mit diesem Schritt England einen Dienst geleistet. Rußland isoliert und zugleich Südslawien einen Rosenstüber verleiht. Daher rührten nun auch die Gerüchte über ein italienisches Eindringen in Albanien. Von allen Außenministern Europas, die in Genf verammelt waren, hat Chamberlain die besten Zeugnisse in der Presse seiner Heimat gefunden. Das ist aus der Gesamtfrage der Weltpolitik verständlich.

In Genf hat man nun wieder besondere Tagungen der Abrüstungskommissionen. Die von Amerika vorgeschlagene Seeabrüstungskonferenz fand ja nur bei England und Japan ein williges Ohr. Es soll trotzdem in Juni eine Dreimächtekonferenz stattfinden. Neuere Versuche von Washington aus in Paris und Rom, um wenigstens die Entsendung eines Beobachters zu erreichen, dürften scheitern. Aber Coolidge braucht einen Erfolg, da im Spätherbst bereits die Wahlkampagne zur Präsidentenwahl beginnt. Die Genfer Beratungen zur Abrüstung sind in dieser Woche weiter fortgeschritten, aber sie haben bereits einen Einspruch Amerikas erfahren, das sich gegen verschiedene geplante Abrüstungsbeschränkungen und Kontrollen ausgesprochen hat.

Von außenpolitischer Bedeutung ist der Rücktritt des holländischen Gesandten, Baron Gevers in Berlin, der 21 Jahre lang sein Vaterland in der deutschen Hauptstadt vertrat und sich im Kriege viele Verdienste um gute Beziehungen zwischen Deutschland und Holland erwarb. Auch gab es in Berlin wieder einmal einen Königsbesuch, nachdem erst vor wenigen Wochen der schwedische König den Reichspräsidenten aufgesucht hatte. Nun ist das dänische Königspaar, das in verwandtschaftlichen Beziehungen zur früheren Kronprinzessin Cécilie steht, bei Hindenburg gewesen und hat auch mit der Reichsregierung sich zusammengefunden. Das bedeutet doch immerhin gute Nachbarschaft und auch für die deutsche Republik die Anerkennung, daß sie auf festen Füßen

steht und in die Formen des diplomatischen Verkehrs hineingewachsen ist.

Die Wirren in China scheinen nun zu einer Entscheidungsschlacht bei Nanjing zu treiben. Die Südmarmee von Kanton ist bis Nanjing vorgestoßen. Gewinnt sie die Schlacht, so hat sie auch das weiter ostwärts liegende Shanghai gewonnen. Die Nordarmee der Mandschurei steht unter Führung des Generals Tchanghsin, sein Verbündeter ist Wupeifu, der von der Kantonesen bei Hanau geschlagen wurde. In letzterer Stadt haben in dieser Woche die Engländer die Konzession einer gemischten Verwaltung übergeben, die unter chinesischem Einfluß steht. Die Südmarmee von Kanton steht unter Führung des sog. Admirals Tchanghsin, der der Kommunisten, d. h. der revolutionären oder republikanischen Partei angehört. Nun zeigt sich aber, daß in Kanton zweierlei politische Strömungen bestehen, eine radikalere unter Führung des Generals und eine mildere unter Führung des geschickten Ministers Tchen, der es erreicht hat, daß England auch in Kanton eine Vertretung schuf und überdies die Engländer bewog, verschiedene Konzessionen zu räumen.

In den wirtschaftlichen Verhandlungen mit den Nachbarn Deutschlands ist es einen Schritt vorwärts gegangen. Mit Polen ist die Fühlungnahme aufgenommen, der dann wieder eigentliche Verhandlungen folgen sollen. Mit Frankreich wurde ein Protokoll unterzeichnet, das die Grundlage für den Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages enthält. Frankreich verzichtet auf die Aufhebung des Provisoriums zum 1. April. Deutschland mußte selber wieder Zugeständnisse in der Einfuhr von französischen Weinen machen, wogegen die deutsche Industrie für chemische und elektrotechnische Artikel, sowie für Maschinen, einen Ausgleich erhielt. Bezüglich der Weineinfuhr erhält Frankreich dieselben Bedingungen wie Spanien und Italien, mit denen bekanntlich Handelsverträge bestehen.

In der deutschen Innenpolitik ist es recht lebhaft geworden durch die Etatsberatung im Reichstag, wobei jeweils die Ressortminister ihre programmatischen Reden hielten. Zuletzt gab der Reichsminister des Innern sein Debüt. Aber er vermißte es, Reibungsflächen im Parlament zu schaffen und schlug sich über die zwei wichtigsten Probleme der deutschen Kulturpolitik, über das Reichsschulgesetz und die Konfessionsfrage, aus, obwohl beide im Mittelpunkt so mancher Erörterungen stehen und in seinem Ministerium die Vorbereitungsarbeiten hierfür geleistet werden. Die Schwierigkeiten in finanzieller Beziehung liegen im Finanzausgleich, sodann auch in den erheblichen Mehrforderungen für verschiedene Gebiete. 700 Millionen sind bereits über den Reichshaushaltplan hinaus angefordert durch Anträge und neue Gesetze. Die Regierung will nun Abstriche machen und für Deckung sorgen durch elliache Steuererhöhungen. Auch über das neue Aufwertungsgezet tagte ein Kabinettsrat. Es handelt sich dabei nur um einige kleinere Korrekturen, keine grundsätzliche Änderung. Das neu angestrebte Volksbegehren dürfte abgelehnt werden. Unerledigt ist auch noch das Gesetz über die Arbeitszeit. So dürften die kommenden Wochen noch mancherlei Aufregung bis zur Erledigung des Reichshaushalts vor der Osterwoche bringen. Aber man nimmt an, daß die neue Regierungskoalition die Feuerprobe bestehen wird, wenn vorerst auch noch keine Einigung unter der Regierungsparteien in den verschiedenen Fragen erzielt ist.

## Der Reichsjustizminister über die Aufwertung

Berlin, 18. März. Im Verlaufe der Verhandlungen im Rechtsausschuß des Reichstages erklärte Justizminister Herzog, die Reichsregierung wolle auf dem Gebiet der Kleintrenterfürsorge 25 Millionen Mark zur Verfügung stellen zur Verstärkung der Bezüge. Der Rückgriff auf das sonstige Vermögen des Kleintrentners solle verhindert und bedürftigen Inhabern von aufgewerteten Hypotheken usw. nach Möglichkeit durch Ankauf ihrer Forderungen sofort Geld verschafft werden. Der Reichsfinanzminister beabsichtigt, den Antrag, Verabfolgung der Auslosungsrechte von Personen über 45 Jahren, die nicht mehr als 3000 Mark Einkommen haben, durchzuführen und daneben in möglichst weitem Umfang bei Bedürftigkeit Vorzugrenten zu gewähren. Der Minister wies dann die von Dr. Best geäußerte Annahme zurück, daß die Regierung auf den Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons hinsichtlich seiner brieflichen Ausge-

rungen zur Aufwertungsfrage irgend einen Druck ausgeübt habe. Wie man auch vor einhalb Jahren zur Aufwertungsfrage gestanden haben möge, jetzt müsse daran festgehalten werden, daß das vom Reichstag nach schwerem Kämpfen geschaffene Aufwertungsgezet ein Werk von Dauer bleiben werde. Dieses Gezet habe wesentlich zur Festigung der Währung beigetragen und den Gläubigern sehr reale Werte gebracht. Der im nächsten Jahre in Kraft tretende höhere Zinsfuß von 5 Prozent für Aufwertungsypotheken werde die Lage der Gläubiger weiter verbessern. Das Aufwertungsgezet habe den Verwaltungsbehörden, Hypothekendarlehen, Versicherungsanstalten usw. eine Riesearbeit aufgebürdet, die nicht mühelos vertan sein dürfe. Nach Mitteilung der Länder seien bereits 81 Prozent aller Aufwertungsachen und 66 Prozent der Grundbuchachen erledigt. Die meisten Länder hofften, bis zum Ablauf dieses Jahres fertig zu werden. Angesichts des Gesetzgebungsbedarfes von 1925 und der riesigen Leistungen in der Zwischenzeit sei die Agitation der Anhänger einer verstärkten Aufwertung sehr zu bedauern. Wenn in dem neuen Volksbegehren der Bevölkerung eine 100prozentige Aufwertung in Aussicht gestellt werde, so müsse das eine bedenkliche Beunruhigung hervorrufen. Der geschäftliche Verkehr mit dem Auslande werde erschwert, wenn man die Lage der deutschen Schuldner als ungewiß darstelle. Vier Zeitpunkte erforderten es, sich auf die unbedingt notwendige Ergänzung des Aufwertungsgezetes zu beschränken: 1. die Erfordernisse der Kontinuität der Gesetzgebung, 2. die Rücksicht auf die Wirtschaft des gesamten deutschen Volkes, 3. die Vermeidung einer neuen Erschütterung des Realcredits, 4. die Rücksicht auf die Arbeitskraft der Verwaltungsbehörden und Gerichte. Die Reichsregierung richte an die Abgeordneten den dringenden Appell, sich selbst zu überwinden und mitzuwirken, daß endlich die neue Beunruhigung beseitigt werde.

## Neues vom Tage.

Die Kämpfe vor Shanghai und Nanjing

London, 18. März. „Times“ berichtet aus Shanghai: Die lange angekündigte Absicht des Südheeres, ihre gesamten Anstrengungen auf die Einnahme Nanjings zu richten, dessen Fall automatisch zu dem Schanghai führen würde, scheint in voller Ausführung begriffen zu sein. Den zuverlässigsten Informationen zufolge machen die Südruppen einen zweifachen Angriff zwischen Wuhu und dem Taihu-See.

London, 18. März. „Daily News“ zufolge besteht die Möglichkeit einer Verdrängung des nationalchinesischen Ministers Tchen durch die Extremisten seiner Partei.

Generallstreik in Shanghai?

London, 18. März. Die Blätter melden aus Shanghai, auf die Nachricht von der angeblichen Einnahme Nanjings durch die Kantonesen hätten die Arbeiteragitatoren in Shanghai den Generallstreik verkündet. Es werde erwartet, daß bis heute abend die Zahl der streikenden Arbeiter 250 000 betragen werde.

Die Reichseinnahmen im Februar 1927

Berlin, 18. März. Im Februar 1927 betragen die Einnahmen aus den Besitz- und Verkehrssteuern 378,5 Millionen Reichsmark, aus Zöllen und Verbrauchsabgaben 196,5 Millionen Reichsmark, mithin insgesamt 575 Millionen Reichsmark. Für die Zeit vom 1. April 1926 bis 28. Februar 1927 betrug das Gesamtaufkommen aus Besitz- und Verkehrssteuern auf 4406,4, aus Zöllen und Verbrauchsabgaben auf 2225,2 und insgesamt auf 6631,8 Millionen Reichsmark gegenüber dem für das Rechnungsjahr 1926 veranschlagten Gesamtaufkommen von 6685,1 Millionen RM.

## Deutscher Reichstag

Die Ansprache zum Etat des Reichsministeriums des Innern

Berlin, 17. März.

Abg. Solmann (Soz.) erklärt, unsere kulturelle Rüstung sei spärlicher als unsere militärische. Seine Partei fordere von der Regierung schnelle Stellungnahme zum Ablauf des Republikhaushaltes am 1. Juli. Die Republik müsse dem ebemaligen Kaiser auch nach diesem Datum die Rückkehr unmöglich machen. Auch verlange seine Partei ein Ausführungsgezet zum Artikel 48 der Reichsverfassung. Die Sonderrechte der Länder müßten möglichst eingeengt werden. Sie bedauere, daß das Reich sich die Führung der Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl anheimelnd ganz aus der Hand nehmen lasse.



Abg. Dr. Mumm (Dn.) betont, der Innenminister müsse den Willen zur Macht haben, da nur so eine ruhige Fortentwicklung des Reichsgedankens und der Verfassung möglich sei, und fordert zum Schluss schleunige Verabschiedung des Reichsschulgesetzes.

Abg. Dr. Schröder (Str.) erklärt, die Republik müsse mit aller Kraft bejaht werden. Vom Innenministerium verlange seine Partei bewährten Schutz der republikanischen Verfassung. Den Ländern seien zwar beachtliche Kulturkompetenzen zuzubilligen, aber das Reich muß führend sein. Er bedauert, daß das Reichsschulgesetz und das Gesetz über die Lehrerbildung noch nicht verabschiedet worden seien und warnt vor einer Ueberhöhung des staatlichen Schulmonopols.

Abg. Dr. Cremer (D. Vp.) betont, seine Partei sei eine deutsche und eine liberale. Wir leben in der Zeit der Souveränität des Volkes. Wir haben unser Schicksal selbst in die Hand genommen und die Verfassung von Weimar als Rechtsnorm geschossen und wir schützen den Staat in dieser seiner heutigen Form und in seinem Bestande. Dies ändere nichts an der persönlichen Anschauung über die Notwendigkeit von Verbesserungen dieser Verfassung. Sehr bedenklich sei es, daß Preußen für seine Politiken viel mehr aussehe, als das Reich für seine Soldaten. Das Reich müsse zwischen Hamburg und Preußen hinsichtlich der Ermäßigung der Einkünfte herbeiführen, damit nicht eines Tages neben dem alten Hamburg ein neues Hamburg als Konkurrenz entstehe. Der Redner schließt mit der Hoffnung, daß es bald gelingen werde, die Zahl der deutschen Länder zu vermindern.

Vizepräsident Graf-Isbiringen teilte in der Sitzung vom Freitag mit, daß der Reichstag dem Reichswehrminister Dr. Gessler anlässlich des Ablebens seines Sohnes seine Teilnahme ausgesprochen hat.

Die 2. Lesung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern wird dann fortgesetzt.

Abg. Gehrke (Komm.) wendet sich gegen den neuen Reichsinnenminister und beantragt, ihm das Gehalt zu kürzen. Es sei bezweifelhaft, daß der Reichsbannerkommandant Marx diesem Manne die Staatsämter erhalten habe.

Abg. Koch-Beser (Dem.) betont, daß das deutsche Volk seine Einheit in der Republik treuer bewahrt habe, als sonst nach verlorenen Kriegen die Völker. Wenn freudige Mitarbeit am Staate erzielt werden solle, müsse die Jugend die neue Staatsform als ein Ideal empfinden lernen. Das Zersplitterte, wie es unter der jetzigen Regierung drohe, sei für Deutschland verhängnisvoll. Nicht im Zeichen des Gegenseitigen, nur im Zeichen des Ausgleichs könne im zersplitterten Deutschland Politik gemacht werden. Den Ausführungen des Ministers über die Souveränität der Länder siehe die Reichsverfassung entgegen. Aufgabe des Ministers sei es, erst einmal, seine eigene Souveränität zu stabilisieren. Einen reinen Föderalismus habe es nie gegeben, nur einen tausendjährigen Partikularismus. Er begründet weiter den Antrag, an die Stelle der Staatsangehörigkeit die Reichsangehörigkeit zu setzen und fordert die Freilassung der Anwälte, sowie ein Gesetz über die gleichmäßige Ausbildung der Juristen. Die Kämpfe, die jetzt zur Ausgliederung der Reichsfinanzen unternommen würden, seien nicht föderalistisch, sondern partikularistisch und egoistisch. Der Redner protestiert dagegen, daß der partikularistische Finanzausgleich zwischen den Parteien vereinbart worden sei. Ohne Unitarismus könne keine großartige Arbeit gemacht werden. An der politischen Haltung der Beamenschaft sei noch vieles zu bessern; es sei doch ein Standal, daß zwei bayerische Landesfinanzpräsidenten, die seit 1919 im Amte waren, erst im Jahre 1926 auf die Veranlassung des Reichsfinanzministers Resignation auf die Verfassung verdrückt wurden. Der Redner tritt für Stärkung der Stellung des Reichsfinanzministers ein.

Minister von Reubell stellt gegenüber den verschiedensten Angriffen fest, daß er zu seinen Worten im Ausschuss ebenso stehe wie zu denen im Plenum. Die Rückkehr des Kaisers ist nicht akut. Wir werden dazu bei der Verlängerung des Republikanischen Gesetzes Stellung nehmen. Die Beschleunigung der Einbringung des Ministerverfassungsgesetzes liegt der Reichsregierung sehr am Herzen. Der Entwurf über die Arbeitszeit der Beamten bezieht sich nur auf die Hohenstaufenerverwaltung. Darüber sind noch Verhandlungen mit anderen Ministerien erforderlich. Richtlinien über Beförderung und Einstellung von Beamten werden demnächst das Kabinett beschäftigen. Das praxistreibende Tragen von Abscheiden durch Beamte im Verkehr mit dem Publikum ist untersagt. Der Postminister hat überhaupt politische Abscheiden untersagt. (Zuruf links: Und der Innenminister?) teilt ihnen mit, was der Postminister veranlaßt hat. (Gelächter links.) Zur Frage der Titel und Orden kann ich mich mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen mit den Ländern nicht äußern, ebenso über das Ausführungsstatut zu Artikel 48. Konkordatsverhandlungen haben anlässlich der Regierungsbildung nicht stattgefunden. Die Ressorts prüfen die Frage, aber zu itandemischen Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl ist es noch nicht gekommen. Ueber das Privatschulwesen sind einseitige Vereinbarungen mit den Ländern getroffen worden. Sobald die Zustimmung sämtlicher Länder erfolgt ist, werden sie dem Reichstag vorgelegt. Das Entschuldigengesetz ist inzwischen fertiggestellt. Es soll eine erschlappende Regelung bringen. Seine baldige Durchführung wird angestrebt. Am 1. April sollen noch einmal Kinder in die untersten Klassen der Privatschulen aufgenommen werden können. Verwaltungsreform und Abbau sind eine besonders wichtige Pflicht des Innenministers, die möglichst bald zum Abschluß kommen muß. Für die Vereinfachung der akademischen Berechtigungen will ich gerne sorgen, ebenso für die Reform des höheren Schulwesens. Der Minister verweist dann auf Bilder, die die Kommunisten auf den Tisch des Hauses niedergelegt haben und die seine Verbindung mit verbotenen Organisationen beweisen sollen. Die Bilder, so erklärt der Minister mit erhobener Stimme, sind Fälschungen. Auf dem einen Bilde sind künstlich zwei Scharfschützen hineingearbeitet worden. (Lebhaftes Hört, hört!)

### Württembergischer Landtag

Um das achte Schuljahr

Stuttgart, 18. März. Der Landtag beriet am Freitag zunächst den Gesetzentwurf über die Vereinfachung von Wahlen mit Um. Dabei gab es eine längere Auseinandersetzung. Ein Antrag des Abg. Dangel (Str.), die Abfindungssumme, die die Stadt Ulm an den Bezirk Ludwigs zu zahlen hat, von 25 000 Mk. auf 40 000 Mk. zu erhöhen, wurde in der zweiten Lesung des Entwurfs angenommen. In der dritten Lesung machte der Abg. Hermann (Sos.) darauf aufmerksam, daß nun in rechtlicher

und politischer Hinsicht eine bedenkliche Situation entstanden sei, indem Ulm von dem Vertrag zurücktreten könne. Dann blühe das Gesetz in der Luft. Der Abg. Scheel (Dem.) stellte die Frage, wohin man denn kommen werde, wenn die Regierung von den Regierungsparteien in solche Verlegenheit gebracht werde. Ein Antrag Hermann (Sos.), es bei der Abfindungssumme von 25 000 Mk. zu belassen, wurde jedoch mit 37 gegen 26 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Für den Antrag Hermann stimmten auch die Minister Basille und Holz. In der Schlussabstimmung wurde der dann so abgeänderte Entwurf einstimmig angenommen.

Eine lange Aussprache knüpfte sich auch an die erste Beratung des Mindererziehungsgesetzes zu dem Schulgesetz. Das Gesetz sieht vor, daß, falls in einer Gemeinde aus finanziellen oder anderen Gründen die Einführung des 8. Schuljahres nicht durchführbar ist, das Kultministerium auf Antrag des Gemeinderats genehmigen kann, daß die Durchführung des 8. Schuljahres auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wird. Der Abg. Hermann (Sos.) wandte sich scharf gegen den Entwurf, der der Durchführung des 8. Schuljahres an den Volksschulen in den Arm fallen wolle. Der Landtag habe gar nicht das Recht, ein solches Gesetz zu beschließen, denn das achte Schuljahr beruhe auf dem Artikel 143 der Reichsverfassung. Der Abg. Scheel (Dem.) äußerte gleichfalls die größten Bedenken gegen den Entwurf, der eine solche der Hölle sei, in die sich der Kultminister dem Bauernbund gegenüber begeben habe. Wenn der Staat an die Senkung der Realsteuern herangehen könne, so sollte es auch nicht unmöglich sein, den notleidenden Gemeinden durch Staatsbeiträge an die Hand zu geben. Der Bauernbund sei ein Schädling für die Entwicklung des Landvolks. Staatspräsident Basille erwiderte, schlicht erregt, es sei nicht wahr, daß das achte Schuljahr verboten werde. Auf dem Lande bleibe man eben auf dem Boden der Möglichkeiten, die Demokratie wolle aber einen Teil des Volkes verarmen lassen. Wenn die Regierung in der Lage sei, die Realsteuern zu senken, so komme die Demokratie mit der Forderung von Zuschüssen an die Gemeinden, sobald die Senkung der Realsteuern unmöglich werde. Der Abg. Weraenthaaler (Völk.) bezeichnet den Entwurf als einen Schandfleck für Württemberg und verlangte eine lückenlose Durchführung des achten Schuljahres ab 1928. Die Abgg. Vollrich (Str.) und Dr. Beinhängler (Völk.) bezeichneten die Einführung des achten Schuljahres als eine Notwendigkeit, betonten jedoch, daß man auf die Finanzlage der Gemeinden Rücksicht nehmen müsse. Der Abg. Becker (Komm.) erklärte in dem Entwurf den Versuch, eine Beeinträchtigung der Bildungsmöglichkeiten herbeizuführen. Der Abg. Hartmann (D. Vp.) sprach sich gegen den Entwurf aus. Der Abg. Ernst Hermann (Völk.) betonte die Wichtigkeit der Hochschulbildung und erklärte unter großer Heiterkeit des Hauses, wer nicht praktisch arbeiten könne, sei ein ungeschicktes Ruder. Der Abg. Hermann (Sos.) bezeichnete die Erregtheit des Kultministers als einen Beweis dafür, daß er selbst das Gefühl habe, wie wenig es einem Kultminister anstehe, eine solche Vorlage einzubringen. Der Abg. Williger (Sos.) stellte den Antrag, die Vorlage an die Regierung zurückzugeben. Das gab Anlaß zu einer längeren Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob ein solcher Antrag bei der 1. Lesung zulässig ist. Ein Antrag Ströbel (Völk.), diese Streitfrage dem Geschäftsausschuss zu unterbreiten, wurde angenommen. Dann erließ man noch die Anträge des Rechtsausschusses, des Finanzausschusses, sowie des Erhaltung- und Wirtschaftsausschusses zu verschiedenen Einlagen und Gegenständen. U. a. wurde noch der Antrag des Finanzausschusses angenommen, den Vertrag zwischen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und dem württ. Staat betr. den zweigleisigen Ausbau der württ. Nord-Südbahn Oberbiberach-Sattlingen zu vollziehen. Damit war die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung findet voraussichtlich zwischen dem 21. und 23. April statt.

### Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 19. März 1927.

**Amliches.** Bei der Prüfung im Wasserbaufach ist der Baumeister: Hg Paul von Michelberg, O.A. Calw, für befähigt erklärt worden. Er hat die Bezeichnung „Wasserbauingenieur“ erhalten.

Die Gemeindefinanzlage wurde in der letzten Sitzung des Gemeinderats auf 18% erhöht; die bisherige Umlage betrug 15%.

#### Wer hilft den Oberschlesier-Kindern?

Vor einigen Wochen gelangte schon einmal an dieser Stelle ein Aufruf zu Gunsten der Oberschlesierkinder zum Abdruck. Da hierauf mancherlei Fragen gestellt wurden, war es notwendig, Erkundigungen einzuziehen. Das Ergebnis der letzteren ist folgendes: Die Unterbringung der Kinder in Württemberg ist vom Innenministerium unterm 14. 2. 1927 genehmigt und soll nicht behindert werden. Der Aufenthalt sollte etwa 8 Wochen betragen. Von der Bezirksleitung der Vereinigten Verbände heimatruer Oberschlesier ist ausdrücklich versichert worden, daß es sich nur um bedürftige Kinder handelt. Dieser Bescheid wird manchen Entschluß, ein Oberschlesierkind zu nehmen zweifellos günstig beeinflussen. Die zukünftigen Pflegeeltern brauchen bloß ihren Namen anzugeben, ob Knabe oder Mädchen gewünscht wird, in welchem Alter und welcher Konfession. Die Angaben, bei dem Herrn Pfarrer ihres Ortes gemacht, genügen vorerst. Die Herren Pfarrer wiederum werden herzlich gebeten, diese Meldungen an Herrn Dekan Zeller, Calw oder an den Vertrauensmann der Vereinigten Verbände heimatruer Oberschlesier G.R. May, Calw, gelangen zu lassen. Sodann erfolgt genauere Benachrichtigung durch die Vereinig. Verbände heimatruer Oberschlesier. Es ist geplant, die Kinder in der zweiten Hälfte des Monats Mai kommen zu lassen, so daß sie also bis Ende Juni in Württemberg bleiben. Die Kinder sind vom Schulbesuch am Orte befreit und gegen Krankheit und Unfall versichert. Jrgendwelche bare Auslagen erwachsen den Pflegeeltern nicht. — Wohl hat man in Württemberg mit Sorge und Not zu kämpfen, aber diese Not läßt sich nicht mit derjenigen der armen Flüchtlinge in Oberschlesien vergleichen, die zum großen Teil ihr Hab

und Gut restlos verloren haben. Es wäre von Herzen zu wünschen, daß der Notruf der bedrängten Oberschlesiereltern auch in unserem Bezirk ein freundliches Hilfsbereitssein finden möge.

**Ragold, 18. März.** (Landw. Winter-schule.) Gestern vormittag 1/11 Uhr fand im Festsaal des Seminars die erste Schlussprüfung der Landw. Winter-schule statt, die neben verschiedenen Referenten unter der geordneten Leitung von Landwirtschaftslehrer H. Acker-Ragold abgehalten wurde. Eine sehr stattliche Zahl Schüler neben einer großen Zahl Zuhörer von Seiten der Eltern der Schüler, Mitglieder des Landw. Bezirksvereins und sonstige Interessenten waren zugegen und brachten somit der neugegründeten Schule ein großes Interesse entgegen, die die Probe auf ihren Stand nunmehr ablegte. Die Prüfung erstreckte sich auf verschiedene Gebiete, so u. a. auf Pflanz-, Wetterkunde, rein landwirtschaftliche Fragen, Feldbewirtschaftung, Düngung, Säen u., Tuberkulosefragen, Viehzuchtgesetze, praktisches Rechnen. Die Prüflinge zeigten lebhaftes Interesse und ein erfreuliches Können in der kurzen Zeit des Bestehens der Schule. Besonders ist festzustellen, daß die Schule in ihrem Landwirtschaftslehrer H. Acker eine überaus tüchtige Kraft hat, der in Theorie und Praxis ein Wissen an den Tag legt und der es versteht, sein Wissen den Schülern zugänglich zu machen zum Segen der Landwirtschaft. Der junge Landwirt ist mehr und mehr berufen, durch Verbindung von Praxis und theoretisch-wissenschaftlichen Fragen eine intensive Bewirtschaftung des deutschen Bodens zu erzielen und dies erst ebt in hohem Maße die Landwirtschaft. Winter-schule. Gegen 1 Uhr mittags war die Prüfung zu Ende und in Rede und Gegenrede wurde nochmals auf die Bedeutung der Schule und die Beschäftigung im nächsten Semester hingewiesen.

**Satz O.A. Ragold, 17. März.** (Edblicher Unglücksfall.) Der 46 Jahre alte Hofbauer Michael Denzler, Mich. Sohn, fiel gestern nachmittag um 4 Uhr auf unerklärliche Weise auf der Straße nach Wildberg zwischen dem Ort und dem Friedhof von seinem mit Steinen beladenen Wagen, sobald ihm das rechte Vorderrad über die Brust ging und er bald darauf starb. Er hinterläßt eine Frau und 5 Kinder im Alter von 12 bis 20 Jahren.

**Debschirbrunn, 17. März.** (Jagdverpachtung.) Die Gemeindefinanzlage, die seither um 710 Mk. Pachtpacht verpachtet war, wurde am letzten Samstag auf 6 Jahre an Martin Schaberle, Orlonon hier, um jährlich 200 Mk. verpachtet.

**Stammheim, 18. März.** (Brandfall.) Gestern abend 9 Uhr brach in der Scheuer des Anwesens von Christoph Müller in Stammheim Feuer aus, das zum Glück noch rechtzeitig und ab wurde, so daß es gelöscht werden konnte, ebe ein größerer Schaden entstand. Wie man hört, soll Kurzschluß die Ursache des Brandes sein.

**a Tr. Hagen.** Die Kraftwagenlinie Tuttlingen — Schur a wird nach Vereinbarungen der Amtsbereitschaft mit den Gemeinden über Tuningen nach Schwenningen weitergeführt.

— **Frühlingsanfang.** Der Frühling beginnt kalendermäßig mit dem Zeitpunkt, da der Mittelpunkt der Sonnebahn auf dem Äquator zu stehen kommt. Das ist am 21. März morgens 6 Uhr mit dem Eintritt der Sonne in das Zeichen des Widlers der Fall. An diesem Tage erfolgt ihr Ausgang genau in Osten, dementsprechend liegt ihr Untergang genau im Westpunkt. Tag- und Nachtbogen sind einander gleich. Wir haben Frühlings-Tag- und Nachtgleiche. Vom 21. März ab rücken bis zum 21. Juni Kauf- und Untergangspunkt der Sonne immer weiter gegen Norden, der Tagesbogen nimmt mit jedem Tage an Umfang zu und der lichte Tag, der an Frühlingsanfang eine Dauer von 12 Stunden aufweist, wächst zu einer Länge von 16 Stunden 11 Minuten an. Im Strahlenspanne der Sonne wird es jetzt herrlicher, die winterlichen Jüge sind verschwunden, es muß Frühling werden. In vielen Gegenden bezeichnen der Jolepstag (19. März) und der Feiertag Maria Verkündigung (25. März) den Anfang des Frühlings.

— **Drittes Mindererziehungsgesetz zum Polizeiverwaltungsgesetz.** Das Staatsministerium hat dem Landtag den Entwurf eines Mindererziehungsgesetzes zum Polizeiverwaltungsgesetz vorgelegt. Nach dem Entwurf wird infolge internationaler Verpflichtung der Kreis der Gemeinden, in denen die Polizei vom Staat verwaltet wird, auf die Gemeinden beschränkt, bei denen die Uebernahme der Polizeiverwaltung auf den Staat bereits erfolgt ist. Sodann enthält der Entwurf eine Neuregelung der Beiträge der Gemeinden zu den Kosten der verstaatlichten Polizei; dabei wird der Beitrag der Gemeinden für die Planjahre 1924 und 1925 ermäßigt, für die Jahre vom 1. April 1926 an wird zahlenmäßig genau bestimmt, welche Jahresbeiträge in den einzelnen Gruppen von Gemeinden auf den Kopf der Bevölkerung entfallen sollen.

**Stuttgart, 17. März.** (Die württ. Regierung und die bevorstehenden Mieterhöhungen.) Die Kleine Anfrage des Abg. Keil wegen der Stellung der württ. Regierung im Reichstag zur Frage der Erhöhung der gesetzlichen Miete hat das Staatsministerium wie folgt beantwortet: Die württ. Regierung hat dem Entwurf einer Reichsverordnung, nach der die gesetzliche Miete vom 1. April ab mindestens 110 Prozent und vom 1. Oktober ab mindestens 120 Prozent der Friedensmiete betragen soll, in der Erwartung zugestimmt, daß die Gehälter und Löhne entsprechend erhöht werden. Dieser Mietzinssteigerung ist aus allgemeinen wohnungspolitischen und wohnungswirtschaftlichen Gründen nicht zu entgegen. Nach der Begründung des Entwurfs der Reichsverordnung ist sie zurzeit auch wirtschaftlich möglich, da die Löhne und Gehälter bereits eine Neigung zum Steigen haben. Soweit durch die Mietzinsserhöhung hilfsbedürftige Personenkreise betroffen werden, werden die zu





händigen Behörden das Erforderliche veranlassen müssen. Auf die Herabdrückung der Baustoffpreise, die Herabsetzung des Zinsfußes für den Realcredit und die Rationalisierung des Kleinwohnungsbaues wird im Einvernehmen mit den anderen beteiligten Stellen, insbesondere der Reichsregierung, ständig hingewirkt.

**Todesfall.** Nach längerem Leiden starb im Alter von 72 Jahren Kaufdirektor Rudolf Brenner, der Bundes-Gewermeister des Deutschen Arbeiterfängerbundes, Gau Württemberg. Gelehrter Epigraph hat er sich in kleineren Vereinen von Berufsgegnossen musikalisch herausgearbeitet. Auch als Komponist ist Brenner hervorgetreten.

**Ein neues großes Geschäftshaus.** Der Klein-Bazar, Ecke Breite- und Königstraße, gegenüber dem Wilhelmshaus, der der Gebr. Landauer K.G. gehört, soll abgebrochen und auf dem Platz ein großes Geschäftshaus der Gesellschaft erstellt werden. Sämtlichen Ladeninhabern ist auf 1. Oktober 1923 gekündigt worden.

**Der neue württ. Landesfischerei-Sachverständige.** Die württ. Landwirtschaftskammer hat den württ. Kreisfischereirat für Untertanen, Dr. Smolan, zum württ. Landesfischerei-Sachverständigen gewählt.

**Ein Antrag für die Sozialrentner.** Die Abgeordneten Fr. Mathilde Bland und Else Eberhardt von der D.D.P. haben folgenden Antrag im Landtag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß angesichts der Notlage der Sozialrentner die Leistungen der Angestelltenversicherung wie die der Allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung erhöht werden, ohne daß gleichzeitig eine Steigerung der Beitragzahlung erfolgt.

**Reichenbach a. F., 17. März.** (Ungültige Wahl.) Die am 1. Dezember v. Js. stattgefundene Ortsvorsteherwahl, bei welcher Obersekretär Schmid von Böblingen zum Ortsvorsteher der Gemeinde Reichenbach a. F. gewählt wurde, wurde durch Erlaß der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung für ungültig erklärt.

**Marbach a. N., 17. März.** (20 Prozent Umlage.) Der Gemeinderat hat beschlossen, die Gemeindeumlage auf 20 Prozent (im Vorjahr 18 Prozent) festzusetzen und den noch angedeutet verbleibenden Abmangel von 42.700 RM. als Zuschuß aus dem Ausgleichsloos anzumelden.

**Heilbronn, 18. März.** (18,5 Prozent Umlage.) Der Gemeinderat hatte über die Festsetzung der Umlage zu beraten und beschloß eine solche von 18,5 Prozent. Die letzte Umlage betrug 17,5 Prozent.

**Ranensburg, 18. März.** (Tödl. Unfall.) Vormittags verunglückte der bei Sägewerksbesitzer Kautzer in Arbeit stehende Anton Reff von Schlier tödlich. Er war mit Abfällen von Stämmen beschäftigt und wurde dabei von der Säge erfaßt. Es wurden ihm beide Füße abgeschnitten. Der Besitzer des Sägewerks fand den Bewußtlosen in diesem Zustand. Nach kurzer Zeit hatte der so gräßlich Verklümmelte ausgesitten, ohne das Bewußtsein nochmals erlangt zu haben. Der Verstorbene hinterläßt eine Witwe mit drei unermündlichen Kindern.

**Wendlingen, N. Eßlingen, 18. März.** (Die Gänse als Wächter.) Eine Schar Gänse erriet durch ihr auffallend hartes Schnatter, daß sich im Mühlkanal der jetzt ziemlich starken Lauter ein Unglück zugetragen haben mußte. Eine Frau, die aus diesem Anlaß zum Fenster hinausblickte, sah ein Kind, das fünfjährige Söhnchen des Schlossers Ulmer hier, im Wasser treiben. Bis man aber das Kind am Rechen der zweiten Mühle herausziehen konnte, war es für Wiederbelebungsoeffnungen, die der Ortsarzt vornahm, schon zu spät.

**Kochendorf, N. Neckarjahn, 18. März.** (Tödl. Sturz.) Zwei 14jährige Mädchen schaukelten beim hiesigen Bahnhof auf einer Viehverladerampe, wobei das Kind des Friedauer abstürzte und sich innere Verletzungen zuzog, an deren Folgen es gestorben ist.

**Minister Holz über die Wasserkräfte Württembergs**

Stuttgart, 18. März. Die „Bayer. Industrie- und Handelszeitung“ veröffentlicht eine Reihe von Abhandlungen über die württ. Wasserkräfte und ihre Benützung. Den Beginn der Veröffentlichungen macht folgendes Geleitwort des Ministers des Innern, Holz: „In Württemberg sind die natürlichen Grundlagen für die Anlage größerer Wasserkräfte nicht günstig. Flüsse mit sehr bedeutenden Wassermengen und größerem Gefälle sind nicht vorhanden, bei den wenigen größeren Flüssen sind die Grenzwerte teilweise die örtlichen Verhältnisse der Anlage von Wasserwerken hinderlich. Den Ausführungen neuerlicher Aufspeicherungsanlagen und Talsoeren stehen die starke Befriedung der Täler, die große Anzahl der bestehenden Wassernutzungen, die Rücksichten auf die Landwirtschaft entgegen. Indessen ist die tatsächliche Ausnutzung der Wasserkräfte unter dem Einfluß des Fleißes und des Unternehmungsgelites der gewerblichen und industriellen Kreise sowie einer fördernden Wasserwirtschaftspolitik weit vorgeschritten. Württemberg besitzt mehr als 3600 Wasserwerke; wenn man die im Bau begriffenen Werke einbezieht, wird man sagen können, daß die Wasserkräfte des Landes bis auf einen Rest, der zu 40.000 Pferdekraften (roh) verwerthen, ausgebaut sind. Eine württembergische Eigenart bedeutet in rechtlicher Beziehung das Wasserrecht, das von allen anderen deutschen Wasserrechten durch seine Freihaltung von zivilrechtlicher Einwirkung sich unterscheidet, und in der Praxis sich besonders gut bewährt hat. Es bestehen Anzeichen dafür, daß dieses Wasserrecht, das früher als rückständiges Gesetz betrachtet wurde, auf die weitere Entwicklung des Wasserrechtes in Deutschland von Einfluß sein wird, da es der Natur der öffentlichen Gewässer sich anpaßt und einfach ist. Größere Wasserwerke (über 1000 Pferdekraften roh) werden erst in neuerer Zeit erstellt, unter ihnen stehen die beiden Wasserkraftwerke des Bezirksverbandes Oberschwäbischer Elektrizitätswerke an der Iller an der Spitze. Der gegenwärtige Zusammenschluß der Elektrizitätswerke und damit die Verwertung der heimischen Wasserkräfte zum Nutzen des ganzen Landes ist eingeleitet, aber es sind hier enge Grenzen gezogen. Für die Zukunft drängt sich so von selbst die Aufgabe in den Vordergrund, für den Elektrizitätsbedarf den Anschluß an fremde Wasserkräfte zu suchen und dadurch das zu ergänzen, was die Natur dem Lande verweigert hat.“

**Kleine Nachrichten aus aller Welt**

**Neuer Ausbruch des Vesuv.** Die Blätter berichten aus Neapel, daß Donnerstagabend der Vesuv auf einmal seine Tätigkeit wieder aufgenommen habe. Der ganze Golf von Neapel sei durch die herrlichen roten Wolken, die aus dem Krater herauskamen, wie mit bengalischem Licht beleuchtet gewesen. Der Direktor des Vesuv-Observatoriums habe erklärt, daß keine Gefahr vorhanden sei.

**Aufmord in Schneidemühl.** Nachmittags wurde die 15 Jahre alte Tochter des Försters Ried in der Nähe des Weges Schneidemühl-Stöwen mit durchschnittenen Kehle aufgefunden. Der Kriminalpolizei, die feststellte, daß das Mädchen vergewaltigt worden war, gelang es, abends den Täter auf dem Bahnhof Schönlanke festzunehmen. Er gestand die Tat an.

**Handel und Verkehr.**

**Getreide.**  
Berliner Produktenbörse vom 18. März. Weizen märk. 207-270, Roggen märk. 247-248, Sommergerste 214-242, Wintergerste 199-205, Hafer märk. 197-205, Mais loco Berlin 178-180, Weizenmehl 34,25 bis 36,50, Roggenmehl 33,50-35,50, Weizenmehl 15,50-15,75, Roggenmehl 15-15,25, Viktoriaerbsen 48-49, N. Sojabohnen 42-44, Bohnenerbsen 22-23, Linsen: etwas schwächer.  
Frankfurter Börse. Weizen: 10,50, Saatweizen 14,50, Saatgerste 14,50, Hafer: 11-12, Gerste 12,50-13,50, Hafer 10,50, Saatweizen 11-12,50, Sojabohnen 15,50, N. Sojabohnen 14,50, N. Sojabohnen 12-14, Hafer 12,50-13,50, Saatweizen 14-16, Saatgerste 14-16, Saatroggen 15,50-16,50, Saatweizen 15-17, N. der Sommer.  
**Märkte.**  
Eisenwaren, 17. März. (Herdmarkt.) Der heutige Herdmarkt war gut belebter mit über 300 Stück, darunter 60 in der Hauptklasse sehr schöne Häubler Hobeln; von den Häublern waren 40 ältere alte Herde beigebracht. Es umschickte sich ein lebhaftes Geschäft. Beabsichtigt wurde für Häubler Hobeln 400-520, für mittlere ältere Arbeitsherde 250-350, für bessere 500-700, Häublerherde bis 1000, bessere 1200 bis 1800.  
Häubler Butter- und Käsebörsen in Remsen vom 17. März. Butter 160-170, Durchschnittspreis 160 einl. Ueberpreis, Tendenz unverändert; Weichkäse mit 20 Prozent Fettgehalt, grüne Ware 37-40, Tendenz ruhig; Käse Emmentaler 100-112, Nachfrage normal.  
Schlachthaus- und Schlachtviehmarkt vom 17. März. Kalber: 44 Jungkalber, 17 Rube, 81 Ralber, 212 Schweine. Preise: Jungkalber 1. 35 bis 37, 2. 31-33, Rube 1. 30-37, 2. 23-28, Ralber 1. 70-75, 2. 67-71, Schweine 60-65, 2. 50-61, N. Marktverlauf: lebhaft.

**Amliches vom O.A. Freudenstadt**  
Die Maul- und Klauenseuche in Lonbach-Leimengrund, Gemeinde Baiersbrunn, ist erloschen. Der Oheramtsbezirk Freudenstadt ist wieder seuchenfrei.

**Beste Nachrichten.**

**Eine russische Protestnote gegen die Ratifikation des Bessarabienvertrages durch Italien.**

Rom, 18. März. Nach einer Meldung der Ag. Stefani ließ die Sowjetregierung durch ihre Botschaft in Rom dem Minister des Aeußeren eine Note zustellen, in der gegen die Ratifikation des Pariser Vertrages von 1920 über Bessarabien Einspruch erhoben wird.

**Die Zugehörigkeit zur R.P.D. in Bayern strafbar.**  
Berlin, 19. März. Der „Vorwärts“ meldet aus München: Vor dem Landgericht München als Berufungsinstanz, standen am Freitag 8 Kommunisten, die als Teilnehmer an einer Parteikonferenz zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden waren. Die Berufung sämtlicher Angeklagten wurde verworfen. In der Erklärung heißt es, daß die Tatsache der Mitgliedschaft eines Funktionärs der R.P.D. genügend Grund zu einer Verurteilung gibt, auch wenn sonst keine strafbare Handlung vorliegt.

**Forderungen der preussischen Beamtenschaft**  
Berlin, 19. März. Im Rahmen des Verbandstages des Preussischen Beamtenbundes wurde gestern unter Teilnahme von Regierungs- und Parlamentsvertretern eine öffentliche Kundgebung veranstaltet. In einer Entschließung wurde zum Ausdruck gebracht, daß seit 1924 keine Erhöhung der Beamtengehälter mehr eingetreten sei. Es müsse eine außerordentliche Gefahr für den Bestand des jetzigen Staates entstehen, wenn weiterhin der Beamtenstand die zu einer geordneten Lebensführung und ihrer Stellung als Stütze des Staates und Träger des Staatsgedankens entsprechende Befolgung vorenthalten bleibe. Mit Rücksicht auf die immer fortschreitende Verschuldung der gesamten Beamtenenschaft sei es eine unaufschiebbare Pflicht der preussischen Staatsregierung, hier die Initiative zu ergreifen.

**5 Kinder unter einem umstürzenden Pfeiler begraben.**  
Minden, 18. März. In Donkersen stürzte ein Lospfeiler um, an dem Kinder eine Schaukel befestigt hatten und begrub 5 Kinder unter sich, die schwere Verletzungen erlitten.

**Erpressungen an einem Engländer.**  
Shanghai, 18. März. (Reuter) 4 bewaffnete Chinesen drangen gestern in das Haus des früheren chinesischen Leiters einer bekannten englischen Firma und zwangen ihn, Schecks über insgesamt 8000 Taels zu unterschreiben. Sie ließen ihn erst wieder frei, nachdem sie die Schecks einliefert hatten.

**Die große Koalition in Thüringen gescheitert.**  
Weimar, 18. März. Die Verhandlungen zur Bildung einer großen Koalition vom Landbund bis zur S.P.D. müssen nach dem neuesten Stand zur Bildung der Regierung als gescheitert betrachtet werden. Der Präsident des Landtages hat den Vorschlag auf Dienstag eingebracht, um zur Lage Stellung zu nehmen.

**Druck und Verlag der W. Krieger'schen Buchdruckerei, Altensteig für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul**

**Reiche Abwechslung**  
in der tsch. Suppe bietet die große Sortenauswahl von Maggis Suppenwürfeln. Es gibt: Eier-Nudeln, Reis, Blumenkohl, Ochsenschwanz, Erbs, Grünkern, Tomaten, Rumford und viele andere.  
1 Würfel für 2 Teller Suppe 18 Pfa.

**Unsere Zeitung bestellen!**

**Ämtliche Bekanntmachung.**  
**Anträge auf Verleihung des Feuerwehrdienstehrenzeichens**  
und bis spätestens 25. März ds. Js. beim Oberamt einzureichen. Auf den Erlaß vom 1. November 1906 Amtsb. S. 321) wird hingewiesen.  
Magold, den 18. März 1927  
Oberamt:  
Dr. Kaunecker stv. Amtmann.

jeder Art, liefert schnell  
B. Krieger'sche Buchdruckerei Altensteig.

**Die neuen Herrenmäntel**  
für Frühjahr und Sommer  
sind in großer Auswahl eingetroffen  
**Paul Ränchle, am Markt, Calw.**

**Wer?**  
etwas zu kaufen sucht,  
etwas zu verkaufen hat,  
etwas zu vermieten hat,  
etwas zu mieten sucht  
insertiert erfolgreich  
und billig in der  
Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“.

**Gartenteil**  
hat zu vermieten  
**Frig Flaig sen.**  
Altensteig.  
Ein  
**Pferdefnecht**  
kann sofort eintreten bei  
Kaufer, Kaltwert  
Magold.  
Auch die kleine  
**Anzeige**  
hat  
**Erfolg.**

**Lindener Sportsamte**  
per mtr. Mk. 3.—  
sind lichteht  
tragecht  
waschecht  
wetterecht  
ebenso  
**Lindener-Cord**  
für Knabenanzüge  
**Genua-Cord**  
mit Zwirnketten, für Anzüge und Hosen  
von A. 2.50 an per mtr.  
Verkaufsstelle bei  
**Reinhold Hayer, Altensteig.**



Fortwährender Eingang von  
**Frühjahrs- u. Sommer-Mäntel u. Kleider**  
 schwarze Kleidung Mäntel, Kostüme, Kleider, Röcke, Blusen

stets in reicher Auswahl

**Reinhold Hayer, Altensteig.**

Weitere Bestellungen auf  
**Ungersien**  
 und **Saat-Kartoffeln**  
 (erste Abfaat), nimmt entgegen  
**W. Schierle, Altensteig.**

Soeben eingetroffen:

ein Waggon

**Ulmer Pflüge, Körper und Ersatzteile**

die wir in reichster Auswahl zu niedrigsten

**Originalfabrikpreisen** anbieten.

Insbesondere empfehlen wir die stets bei uns vorrätigen

**Wechsel-Brabanter-Pflüge**

„PALA“ „MONOPOL“ „TITUS“

**Berg & Schmid**  
Nagold.

**Gute Wagner-Arbeiten**

zu ca. 70 Prozent des Tagespreises

Infolge Massenproduktion abzugeben:

**100 Stück Wagenräder**

von 10 bis 150 Zentner Tragkraft

**Neue Wagen**

sowie jegliche sonstige Wagner-Arbeiten

Bei Bedarf können Maße abgeholt werden

**Christian Nebstod, Wagnermeister, Beseufeld.**

Wer verkaufen will, muß inserieren!

**Gestrickte Knaben-Anzüge, Ia. unverwüßliche Markenqualität**

in den Farben dunkelgrau, grünmelirt, marine

|                    |       |       |       |      |       |       |       |       |
|--------------------|-------|-------|-------|------|-------|-------|-------|-------|
| Größe Nr.          | 3     | 4     | 5     | 6    | 7     | 8     | 9     | 10    |
| Körpergröße cm     | 104   | 110   | 116   | 122  | 128   | 134   | 140   | 146   |
| ungef. Alter Jahre | 4     | 5-6   | 7-8   | 9    | 10    | 11-12 | 13    | 14    |
| Preis RM.          | 13.40 | 14.60 | 15.80 | 17.- | 18.20 | 19.40 | 20.60 | 21.80 |

**Hans Schmidt, Altensteig.**



**Arbeiter-Turnverein**  
 Altensteig  
 Heute Samstag Abend 8 Uhr  
**Mitgliederversammlung**  
 im „Schwanen“. Volljähriges  
 Geschehen erwartet  
 der Aufsicht.

**Kirchliche Nachrichten**  
 S. Olat, 20. März, Vormittags-Gottesdienst um 10 Uhr mit Predigt über Luf. 11, 14-28: Vom Rückfall. Lied 34, 4. Nachher Kinderpotesdienst Nachm. 1/2 Uhr Christenlehre mit den Töchtern; Entlassung des älteren Jahrgangs. Abends 8 Uhr Frier des Christl. Vereins junger Männer mit Lichtbilder-Vortrag im Gemeindeg. u. s.

Am Mittwoch Abend 8 Uhr Bibelstunde im Luthersaal.

**Methodistengemeinde.**  
 Sonntag, den 20. März, vormittags 9 1/2 Uhr Passionspredigt, vormittags 11 Uhr Sonntagschule, abends 7 1/2 Uhr Lichtbilder-Abend über Bunjon's Pilgerreise.  
 Montag 8 Uhr: Frauen-Missions-Stunde.  
 Mittwoch, den 23. März, abends 8 Uhr Bibel- und Gebetsstunde.

**W. Forstami Enghäckerle.**  
**Nuß- und Brennholz-Verkauf.**

Am Donnerstag, den 24. März 1927, nachm. 2 Uhr nach Ankauf des Postautos von Wildbad her in Enghäckerle im „Waldhorn“ aus Staatswald Rim Laubh. Et.: 13 Anbr.; Bu: 6 Schtr., 1 Bgl., 8 Anbr.; Bl.: 6 Anbr.; Nadelh.: 48 Papier-oll. II/III. Kl., 4 Nußh.-Anbr., 15 Schtr., 45 Pral., 657 Klobh. bezw. A. br. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion G. f. P. Stuttgart.

Biber's

**Blumen- und Gemüsesamen**

frisch eingetroffen

**Schwarzwald-Drogerie**

Grth Schlumberger

Altensteig

Tel. 50 geg. Gr. Baum

**Zu Konfirmationsgeschenken**

empfehlen wir:

**Bücher und Schriften** aller Art zur Unterhaltung und Belehrung  
**Gesangbücher**  
 und **Gesangbuchbüchchen**  
 Gebetsbücher  
 Taschenbibeln  
 Neue Testamente  
 Bergheimnacht  
 Kochbücher  
 Kochrezeptbücher  
 Notizbücher  
 Tagbücher, Skizzenbücher  
 Poesiealben, Photoalben  
 Postkartenalben  
 Briefmarkenalben  
 Ansichtsalbum

von Altensteig

**W. Ricker'sche Buchhandlung, Altensteig.**

**Federzeichnungen** von Altensteig  
**Wandsprüche und Bilder**  
**Photogrammen**  
**Postkartenrahmen Spiegel**  
**Briefpapier** in Kassetten  
 in Blocks  
 in Mappen  
**Tintenzeuge, Füllfedern**  
**Drehbleistifte,**  
**Schreibgarnituren,**  
**Schreibmappen**  
**Briefstaschen, Geldtaschen**  
**Altenmappen**  
**Schreibunterlagen**  
**Reißzeuge, Reißbretter**  
 usw.



**hält Wolle weich und schön!**

Altensteig

Von frischen Sendungen empfehle:

**Paterno Blut-Orangen**

11 Pfund 45 S. 5 Pfund 2.-

**Palermo Berg-Orangen**

1 Stück 6, 8, 10, 12, 15 Pfg.

12 Stück 60, 90, 1.10, 1.30, 1.70

**5fte. Palermo-Zitronen**

1 Stück 6, 8, 10 Pfg.

12 Stück 60, 85 S. 1.-

**Chr. Burghard jr.**

**Scharf-Schießen.**

Morgen Sonntag mittag ab 1 Uhr findet in der Turnhalle Altensteig

**letzes Scharfschießen**  
mit Preisverteilung statt.

Kunst und Schlemmschützen sind bestens eingeladen.

Hans Steeb, Altensteig.

Empfehle mich in der Anlage von Selbsttränken mit den bewährten

**Frishwasser-Beden**

Apollo (wasserleer)

äußerst billige Preise und prompte Bedienung. Prospekte kostenlos.

**Karl Kern, Schlossermeister**  
Pfalzgrafenweiler

Achtung!

Achtung!

Zum ersten Male dieses Jahres ist

**Schwenold's**

**Salonflottenschiffchaukel**

in Altensteig auf dem Marktplatz eingetroffen. Der Betrieb ist Samstag, Sonntag und Montag eröffnet.

Zu zahlreichem Besuche von nah und fern ladet freundlichst ein

der Besitzer.

Nagold

**Vieh-Verkauf**

Kommenden Montag von morgens 8 Uhr ab haben wir wieder einen frischen Transport  
**schöne, trüchtige**

**Kalbinnen**



in unseren Stallungen in Nagold zum Verkauf stehen, wo wir Kauf- und Tauschliebhaber einladen

**Friedrich Rahn und Max Laffar.**

